

Gescheiterte Koalitionsverhandlungen – Und dann?

Klassenstufe: 10-13

Zeitungsumfang: 1 Stunde

Einstieg: Karikaturen

- Janson-Karikatur, [Betriebsstörung](#)
- Janson-Karikatur, [Abschlussstraining fürs Spitzengespräch](#)

➔ Klärung der Situation nach der Bundestagswahl 2017 (UG mit TA).

Sicherung:

Die Bundestagswahl 2017

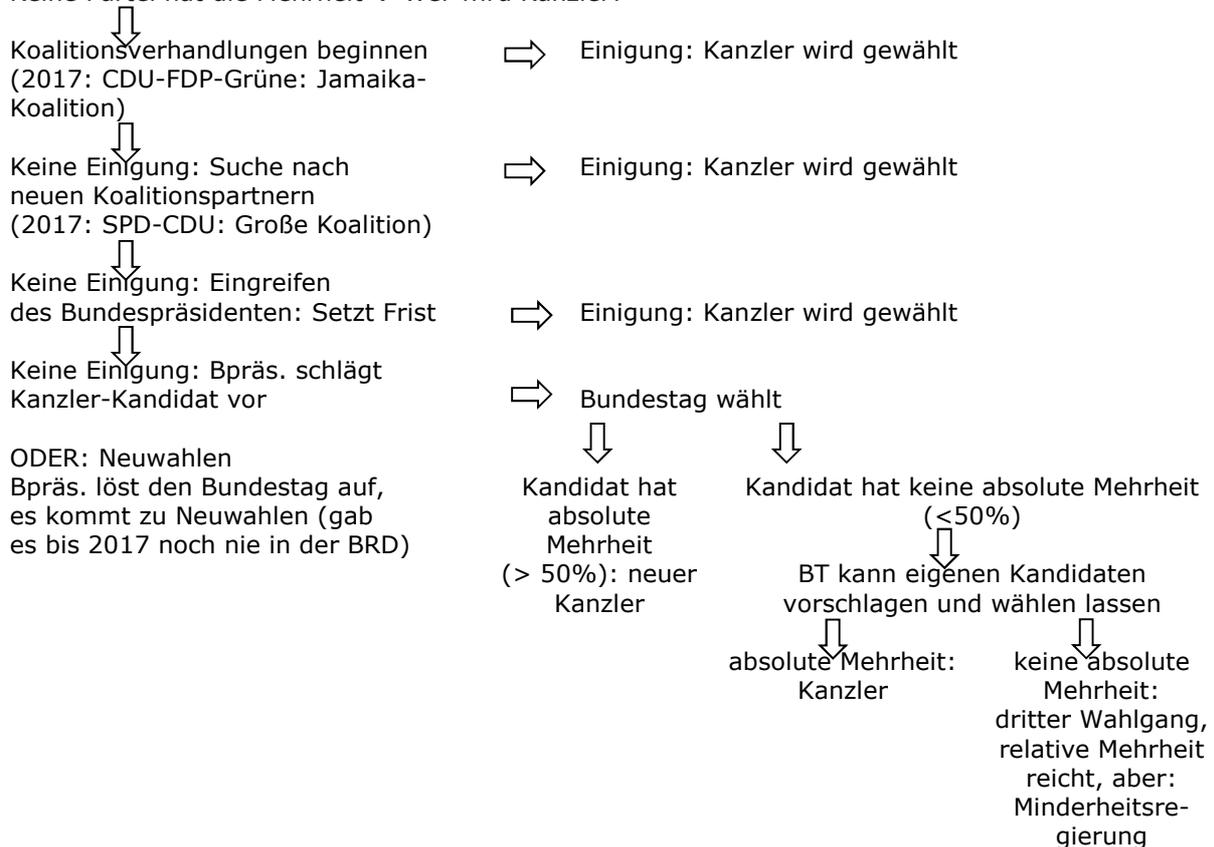
- Wahlen am 24.9.2017
- SPD schloss eine Große Koalition nach der Wahl aus
- CDU, Grüne und FDP verhandelten (→ Jamaika-Regierung) und fanden keinen gemeinsamen Nenner
- SPD verweigerte sich weiterhin, nach einem Gespräch mit dem Bundespräsidenten gab es Gespräche mit der CDU
- CDU zog eine Große Koalition in Betracht

Erarbeitung: M1

Sicherung: Tafel

Bundestagswahlen

Keine Partei hat die Mehrheit → Wer wird Kanzler?



Erarbeitung 2: M2

Sicherung: Tafel

Die Option einer Minderheitsregierung

Minderheitsregierung → Regierung ohne Mehrheit im Parlament (<50%); häufig in skandinavischen Ländern

Vorteile	Nachteile
- Regierung muss sich für jedes Gesetzesvorhaben Partner suchen → neue Wege und Ideen entstehen, die Parteien müssen miteinander kommunizieren	- Regierung muss sich für jedes Vorhaben Partner suchen → bringt Unruhe
- Inhalte treten in den Vordergrund	- permanente Gefahr eines Regierungssturzes durch Misstrauensvotum → weniger Stabilität
- lebendiger politischer Wettbewerb	- Zeitverlust durch sich ziehende Diskussionen
- durch offenere politische Diskussion stärkeres Zutagetreten extremer Meinungen, wie z.B. der AfD	- Evtl. „Geklügel“ unter den Parteien, wer wo zustimmt
- Koalitionsverhandlungen lähmen auf Dauer, eine Minderheitsregierung könnte eine Chance auf Veränderung sein	- Die AfD wird momentan von den anderen Parteien gemieden, wird aber in einer Minderheitenregierung wahrscheinlich für Mehrheitsbeschaffung notwendig sein.

Weiterführende Links:

- Süddeutsche Zeitung: [Eine Minderheitsregierung – warum nicht?](#)
- Süddeutsche Zeitung: [Was für eine Minderheitsregierung, was dagegen](#)
- Wissen.de: [Was ist eine Minderheitsregierung?](#)
- ZDF: [Minderheitsregierung](#)
- Verfassungsblog: [Warum eine Minderheitsregierung niemand wollen kann](#)
- Cicero: [Mach´s mal mit ohne](#)
- [Video](#) Minderheitsregierung einfach erklärt, ZDF

Gescheiterte Koalitionsverhandlungen – Und dann?

M1 Neuwahlen

- 1 Am 24.9.2017 fanden Bundestagswahlen statt. Anfang Dezember 2017 stand noch immer keine Regierung fest, weil sich die Parteien bei den Koalitionsverhandlungen nicht einigen konnten. Das Grundgesetz kennt keine Frist nach Bundestagswahlen, theoretisch kann so lange verhandelt werden, wie die Parteien es für nötig halten oder bis sich eine Koalition gebildet hat. Die
- 5 Möglichkeit der Selbstauflösung des Parlaments besteht wie in vielen anderen Demokratien nicht, als Lehre aus der Weimarer Republik.
Die SPD schloss nach den geplatzen Jamaika-Gesprächen (CDU, FDP, Grüne) eine Große Koalition mit der CDU aus. Hielte sie weiter daran fest, gäbe es nur einen Weg zu Neuwahlen -- über den Art. 63 GG. Die Kanzlerin hätte nach der Wahl die Vertrauensfrage nicht stellen können, da sie ~~ist~~
- 10 nur geschäftsführend im Amt ist und keine parlamentarische Legitimation hat. Das heißt, dass der Bundestag Merkel nicht das Vertrauen entziehen kann, weil es ihr nie ausgesprochen wurde. Am 24. Oktober 2017 endete die Amtszeit der Bundeskanzlerin, da an diesem Tag der neue Bundestag zusammentrat. Nach Art. 69 GG muss aber der alte Bundeskanzler / die alte Bundeskanzlerin geschäftsführend das Amt des Regierungschefs weiterführen.
- 15 Sollte sich keine Regierung bilden, wird irgendwann der Bundespräsident eingreifen. Er hat das Recht und die Pflicht, „binnen einer angemessenen Frist“ jemanden für das Amt des Bundeskanzlers vorzuschlagen. Dauern die Verhandlungen zu lange, kann der Bundespräsident einen Kandidaten vorschlagen und zur Wahl stellen. Die Abgeordneten im Bundestag können dann wählen, der Kandidat muss aber im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit aller Stimmen bekommen (> 50%), um Kanzler / Kanzlerin zu werden. Bekommt der Kandidat keine Mehrheit, hat der Bundestag zwei Wochen Zeit, um eine andere Person zu wählen. Auch hier muss der Kandidat die absolute Mehrheit bekommen (Kanzlermehrheit). Erhält auch dieser Kandidat sie nicht, folgt eine letzte Abstimmung. Bei dieser reicht eine relative Mehrheit, d.h., derjenige wird
- 20 Kanzler, der von allen Kandidaten die meisten Stimmen hat. So wird garantiert, dass Deutschland nie führungslos ist. Die Verfassungsväter wollten zudem garantieren, dass das Parlament Verantwortung übernimmt. Auch dies ist eine Lehre aus der Weimarer Republik.
Alternativ kann es zu Neuwahlen kommen, die auch nach den Wahlen 2017 immer wieder in den Raum gestellt wurden. Wenn der Bundestag neu gewählt wird, bevor die Legislaturperiode um ist, spricht man von (vorgezogenen) Neuwahlen. Dazu muss der Bundestag vorzeitig durch den
- 30 Bundespräsidenten aufgelöst werden. Der Bundestag selbst oder der Bundeskanzler / die Bundeskanzlerin können keine Neuwahlen beschließen. Dieses Recht hat einzig und allein der Bundespräsident, allerdings auch nur bei triftigen Gründen, zum Beispiel einem Rücktritt des Regierungschefs oder bei einem Misstrauensvotum, wenn der Bundeskanzler / die Bundeskanzlerin nicht mehr das Vertrauen des Bundestages hat. Dazu stellt der Regierungschef / die
- 35 Regierungschefin die Vertrauensfrage, um festzustellen, ob die Mehrheit der Abgeordneten dem Kanzler / der Kanzlerin noch das Vertrauen ausspricht. Ist dies nicht der Fall, kann der Kanzler / die Kanzlerin den Bundespräsidenten bitten, den Bundestag aufzulösen (Art. 67). Neuwahlen müssen innerhalb von 60 Tagen stattfinden.
Seit 1949, dem Jahr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, kam es drei Mal zu
- 40 Neuwahlen: 1972 stellte Bundeskanzler Willy Brandt die Vertrauensfrage, 1982 Bundeskanzler Helmut Kohl und 2005 der Bundeskanzler Gerhard Schröder. Alle drei hatten Neuwahlen als Ziel, sie scheiterten an der gestellten Vertrauensfrage, der Bundespräsident löste daraufhin den Bundestag auf und ordnete Neuwahlen an.

Mirja Schweigert

Artikel 39 Wahlperiode - Zusammentritt - Einberufung

(1) Der Bundestag wird vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens sechsvierzig, spätestens achtundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.

Artikel 67 Misstrauensvotum

(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.

(2) Zwischen dem Antrag und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Artikel 68 Vertrauensfrage

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrag und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

-  Stelle in einem Schema dar, welche Möglichkeiten in Deutschland bestehen, wenn sich die Parteien bei Koalitionsverhandlungen nicht einigen können.



M2 Minderheitsregierung - Chance¹ oder Gefahr²

- 1 Kommt keine Koalition zustande, besteht auch die Möglichkeit einer Minderheitsregierung, d.h., dass die Partei / die Parteien, welche die Regierung bildet / bilden, keine Parlaments-Mehrheit haben. Häufiger kommt dies in skandinavischen Ländern vor, zum Beispiel in Dänemark oder Schweden. In Deutschland stehen viele Menschen dieser Regierungsform skeptisch gegenüber.
- 5 Minderheitsregierungen brauchen bei Abstimmungen andere Parteien zur Unterstützung. Gesetze können nur verabschiedet werden, wenn es eine Mehrheit gibt. Eine Minderheitsregierung muss also von anderen Parteien im Parlament geduldet werden, um nicht zu scheitern und benötigt Unterstützer. Dies ist immer eine Gratwanderung, um eigene Vorhaben durchzubringen. Sie ist immer auf Kompromisse angewiesen und kann schnell durch Misstrauensvoten gestürzt werden. Sie ist aber auch eine Chance für die Kommunikation und die Neufindung. In Großen Koalitionen einigen sich häufig die Parteispitzen, um diese dann in den Fraktionen durchzudrücken. Immer wieder stimmen Abgeordnete nur mit Zähneknirschen zu. Wenn eine Minderheitsregierung „um Mehrheiten werben muss, schafft das eine neue, bessere Debattenkultur“.³
- 10 In Deutschland gab es bisher drei Minderheitsregierungen: 1963 unter Bundeskanzler Ludwig Erhard, 1972 unter Willy Brandt und 1982 unter Helmut Schmidt. Diese Regierungen entstanden durch den Rückzug des Koalitionspartners und in allen drei Fällen überbrückten diese Minderheitsregierungen lediglich die Zeit bis zu der Neuwahl des Bundestages. Sollte Angela Merkel zur Bundeskanzlerin einer Minderheitsregierung werden, ist es mit mehr Arbeit verbunden, zu regieren. Es ist denkbar, dass eine mögliche Minderheitsregierung nur aus Unionsministern bestehen könnte oder alternativ mit Vertretern der Grünen oder der FDP. Entscheidungen würden mit Sicherheit länger dauern, weil die Parteien sich einigen müssen. Der Vorteil wäre, dass die Inhalte stärker in den Vordergrund treten würden.

Mirja Schweigert

- 📁 Erkläre den Begriff „Minderheitsregierung“.
- 📁 Arbeite Vor- und Nachteile einer Minderheitsregierung heraus und versuche, weitere Aspekte zu finden.

¹ Andresen: Das stärkt unsere Demokratie, in: Cicero, November 2017, online abrufbar:

<https://www.cicero.de/minderheitsregierung-deutschland-jamaika-sondierungen-staatskrise>

² Siehe Literaturanhang

³ Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-jamaika-aus-eine-minderheitsregierung-warum-nicht-1.3759005>